



europa.ch

Das Magazin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz **nebs** Nr. 1/2017



“

Interview Elly Schlein

«In Lugano habe ich gelernt, was europäische Werte sind»

Seite 3

Europa, ja, aber welches?

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Im Sog der Endlosschleife
- 4 Die Personenfreizügigkeit: Ein Kernprinzip der Beziehungen Schweiz–EU
- 5 Schweiz–EU: Ein Hindernislauf ohne Ende

INTERVIEW

- 6 Elly Schlein – «In Lugano habe ich gelernt, was europäische Werte sind»

LITERATUR

- 9 L'autre train

NEBS

- 10 «Wir gehören zu Europa und es ist unsere Pflicht, dieses Europa zu verbessern»

SEKTIONEN

- 11 Trump, bester Freund Europas?
- 12 Mit dem Nichtthema Europa politisieren

YES

- 13 (EU)ropa in den Schweizer Schulen

EU-MYTHEN AUFGESPIESST

- 14 Die AUNS ist Opfer einer fatalen optischen Täuschung

Liebe Leserin, lieber Leser

Das derzeitige Spiel auf dem alten Kontinent, zwischen den Befürwortern der Weltoffenheit und den Befürwortern eines Rückzugs zu den Nationalstaaten der Vaterländer, sollte unsere ganze Energie mobilisieren. Es ist daher wichtig, Wahlkampf zu führen, wenn es erforderlich ist, wie zum Beispiel beim Sieg von Emmanuel Macron in der Präsidentschaftswahl in Frankreich. Aber wir müssen auch einen neuen Kurs, anders als denjenigen von 2014 oder 1992, für Europa einschlagen. Wir sollten vermei-

rlinnen (abgesehen von den BritInnen) an das schöne europäische Einigungswerk zu denken begonnen.

Die Versuchung, die Errungenschaften der EU als selbstverständlich anzusehen, ist insbesondere bei den Generationen der Männer und Frauen, die heute jünger als 75 Jahre alt sind und die alltäglichen Schreckens eines Kontinents im Krieg nicht erlebt haben, enorm. Es ist eine einfache Lösung für jegliche Populisten, alles Übel unserer alten Demokratien der EU in die



Rolin Wavre

Vorstandmitglied der Nebs

den, Ziele anzustreben, die nicht mehr existieren zum Zeitpunkt, an dem wir sie politisch möglicherweise erreichen.

Die jüngsten Krisen haben gezeigt, dass die EU zu regulatorisch ist. Die EU gibt somit Anlass zu gerechtfertigter Kritik, die jedoch mit einer Dosis Böswilligkeit angereichert ist und vor allem eine gewisse Regulierungsbesessenheit von Brüssel adressiert. Die Krisen der letzten Zeit haben aber ebenfalls gezeigt, dass es eine Begeisterung für Europa gibt. Als die RumänInnen auf die Strasse gingen, um gegen ein Gesetz für die Legalisierung von Korruption bis zu einer Obergrenze von 44'000 € zu protestieren, taten sie dies im Namen der europäischen Werte. Als die Polen, die den Zwillingen Kaczynski zur Macht verhalfen, den warmen Hauch Putins an ihrem Nacken verspürten, haben sie sich Europa zugewendet. Erschüttert vom Gezwitz des unerwarteten Präsidenten Trump und des Brexit, haben die europäischen Bürger-

Schuhe zu schieben. Damit folgen sie nur der gleichen Linie wie die meisten Regierungen des Kontinents, die «Brüssel» für alle nationalstaatlichen Versagen verantwortlich machen.

Es ist an der Zeit, eine politischere, sektorische, weniger institutionelle Europäische Union anzupeilen. Womöglich, auch eine stärkere, einheitlichere und somit intensivere Union. Eine Neugründung, basierend auf Bildung und Forschung, Sicherheit, Beschäftigung und Handel angesichts der grossen Mächte und der Schwellenländer sollte in Betracht gezogen werden.

Dieses neue Europa wird unter Druck und in der Hitze des Gefechts geboren werden, ähnlich wie ein Stück Kohle, das im Inneren der Erde zum Diamanten wird. Schliesslich hat alles im Jahr 1951 mit Kohle begonnen! ★

Im Sog der Endlosschleife

Von **Charlotte Sieber-Gasser**, PostDoc, Dozentin an den Universitäten Luzern und St. Gallen

Mehr oder weniger direkt stellen diverse Abstimmungen in den kommenden Monaten die bestehenden Beziehungen Schweiz-EU in Frage. Um aus dieser Endlosschleife auszubrechen, bieten die sowieso wiederkehrenden europapolitischen Diskussionen auch eine Gelegenheit für die grundlegende Klärung der Rolle der Schweiz in Europa.

Die Beziehungen Schweiz-EU stehen zunehmend auf unsicherem Boden, wenn sie denn je als gesichert galten. Während die Europäische Union durch Brexit, die fortwährende Flüchtlingskrise, geopolitische Herausforderungen und nationale Wahlen gefordert ist, sieht sich die Schweiz mit einer ganzen Reihe von Abstimmungen konfrontiert, die den bestehenden Rahmen der Beziehungen mit der EU in Frage stellen. Was das längerfristig für die Rechtssicherheit in den Beziehungen Schweiz – EU bedeutet, lässt sich heute schwer vorhersagen. Verdeutlicht wird mit den jüngsten Entwicklungen aber eines: Die Schweiz ringt weiterhin um die «richtige» Form ihrer Beteiligung an Europa.

Debatte über Beteiligung oder Rückzug

Während die Schweiz weiterhin bemüht ist, die Implementierung der Masseneinwanderungsinitiative zu gewährleisten, ohne Verpflichtungen aus dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu verletzen, wollen die Initianten der Kündigungsinitiative das Abkommen ganz abschaffen. Gleichzeitig halten die Initianten der RASA-Initiative an ihrem Anliegen fest, Art. 121a BV und Art. 197 Ziff. 11 BV aus der Bundesverfassung zu streichen. Folglich wird sich die Stimmbevölkerung der Schweiz in absehbarer Zeit mehrfach zum Personenfreizügigkeitsabkommen äussern, wobei sowohl die Abfolge der Abstimmungen wie auch deren konkrete Auswirkungen noch unklar sind. Dank der sogenannten Guillotine-Klausel wird jede einzelne Abstimmung über die Personenfreizügigkeit auch eine Abstimmung über den Erhalt der gesamten Bilateralen I und damit über die Grundlage der bestehenden Beziehungen mit der EU. Ähnliches gilt auch für die Volksinitiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität»,

welche beide teilweise dem Freihandelsabkommen mit der EU sowie dem bilateralen Agrarabkommen widersprechen, wie auch für die «Selbstbestimmungsinitiative». Letztere würde mit einem widersprüchlichen und unklaren Verfahren potentiell die Verletzung der Personenfreizügigkeit verlangen, sollte RASA bis dahin nicht angenommen sein. Damit würden die Bilateralen I über den Rechtsweg und ohne weitere demokratische Mitsprache ausser Kraft gesetzt werden können.

Neue Dynamik oder Endlosschleife?

Die EU und die ihr zugrundeliegenden Institutionen entwickeln sich rasch und dynamisch, und in keinem anderen Rechtsbereich lassen sich derart vielfältige, neue und innovative Ansätze beobachten. Die europapolitischen Volksinitiativen und die Präsenz von Europa in Medien und an Stammtischen zeugen davon, wie verbunden wir sind mit den Entwicklungen in der EU. Und dennoch hat sich im europapolitischen Diskurs in der Schweiz in der Substanz in den vergangenen 15 Jahren wenig bewegt. Die anstehenden Abstimmungen versprechen weder eine grundlegende Klärung des Stellenwerts der Beziehungen der Schweiz zur EU, noch die Gewährleistung der Rechtssicherheit der bestehenden Abkommen. Es erscheint naheliegend, dass der Weg aus dieser Endlosschleife heraus über einen Grundsatzentscheid zur Rolle der Schweiz in Europa führt. Die kommenden Abstimmungen bieten dabei die Gelegenheit, die längerfristige Perspektive der Schweiz in Europa zu thematisieren. Eine mögliche Grundlage für eine solche Diskussion findet sich beispielsweise in den im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorgebrachten Vorschlägen für einen sogenannten «Europa-Artikel». ★



Charlotte Sieber-Gasser

Dr. iur. Charlotte Sieber-Gasser ist PostDoc und Lehrbeauftragte an der Universität Luzern, sowie Lehrbeauftragte der Universität St. Gallen. Ihre Dissertation verfasste sie am World Trade Institute der Universität Bern. Sie forscht und lehrt zu Wirtschaftsvölker-, Europa- und Staatsrecht und schreibt aktuell an ihrer Habilitationsschrift zum Thema Globalisierung, Demokratie und Nachhaltigkeit. Während ihres Studiums in der Schweiz war Charlotte Sieber-Gasser am Aufbau der yes beteiligt und Vorstandsmitglied der Nebs. Unter anderem ist sie heute im Vorstand des Vereins La Suisse en Europe.

Die Personenfreizügigkeit: Ein Kernprinzip der Beziehungen Schweiz-EU

Von **Anne Sander**, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Personenfreizügigkeit (PFZ) ist ein Eckpfeiler der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. In den Verträgen festgeschrieben, konstituiert die PFZ für alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, sich in ein anderes Land begeben zu dürfen, um dort zu arbeiten, zu studieren und zu leben. Dieses unveräusserliche Recht muss von allen Mitgliedstaaten der EU gewährt werden, ebenso von allen Partnerländern, welche sich am Binnenmarkt der EU beteiligen.



Anne Sander

Anne Sander ist seit dem Jahr 2014 Europaparlamentarierin aus Frankreich und Mitglied der Europäischen Volkspartei. Anne Sander fungiert in der Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration sowie im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Sie ist ausserdem Vizepräsidentin der «Mission Opérationnelle Transfrontalière». Vor ihren aktuellen Aufgaben war sie parlamentarische Assistentin des EU-Abgeordneten Joseph Daul und Mitglied des Rats für Wirtschaft, Soziales und Umwelt der Region Elsass. Anne Sander besitzt seit 2005 einen Dokortitel in Wirtschaft.

Die Schweiz hat, Ausdruck des gegenseitigen Vertrauens und der starken historischen Verbindungen, die Personenfreizügigkeit im Jahr 1999 zusammen mit weiteren bilateralen Abkommen, welche zur beidseitigen Marktöffnung führten, unterzeichnet. Das Resultat ist heute eine Win-Win-Situation. Die Schweiz ist der dritt wichtigste Wirtschaftspartner der EU, die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Im Weiteren leben mehr als eine Million EU-BürgerInnen in der Schweiz, 300 000 Personen kommen jeden Tag als Grenzgänger in die Schweiz zur Arbeit und ca. 450 000 SchweizerInnen leben in der EU.

Trotz dieser engen Partnerschaft hat die Schweizer Bevölkerung ihre Ängste in einem Referendum am 9. Februar 2014 ausgedrückt. Durch das Referendum wurde ein Inländervorrang sowie jährliche Quoten für ausländische ArbeitnehmerInnen ab dem Jahr 2017 in die Verfassung aufgenommen. Ein harter Schlag für alle EU-BürgerInnen in der Schweiz, aber auch für Schweizer Unternehmen und tausende GrenzarbeiterInnen. Die Antwort der EU-Institutionen war klar und deutlich. Eine sofortige Einfrierung der Weiterentwicklung der Kooperation und Verhandlungen in verschiedenen Dossiers. Die offizielle Schweiz hatte die schwere Verantwortung, einerseits den Entscheid seiner Bevölkerung zu respektieren, andererseits aber auch eine Lösung mit den europäischen PartnerInnen zu finden.

Diese Herausforderung konnte Ende letzten Jahres mit dem personenfreizügigkeitskonformen Umsetzungsgesetz zur

Masseneinwanderungsinitiative gemeistert werden. Als EU Abgeordnete aus dem Osten Frankreichs freue ich mich, einen «Swissit» etwas in weitere Ferne rücken zu sehen. Dieser Entscheid erlaubt es, die Diskussionen ernsthaft weiterzuführen. Seit dem Entscheid konnten in verschiedenen wichtigen Dossiers Fortschritte erreicht werden. Das Kroatienprotokoll wurde ratifiziert. Gleichzeitig konnte die Schweiz den Zugang zu Horizon 2020 sicherstellen, die Verhandlungen zur Mitgliedschaft der Schweiz beim Programm Erasmus+, welches Schweizer Studierenden den Auslandssemester ermöglicht, wurden wieder aufgenommen.

Dennoch bleibt die Personenfreizügigkeit eine gefährdete Errungenschaft. Angesichts aufblühender Nationalismen und Isolationstendenzen, von Euroskeptizismus und einer Konkretisierung des Brexit müssen wir die Personenfreizügigkeit umso stärker schützen und verteidigen. Ich glaube an die Kraft eines ernsthaften Dialogs und einer ambitionierten Partnerschaft, welche in Zukunft gewinnbringende Projekte und günstige Gelegenheiten sowohl für die EU wie auch die Schweiz ermöglichen werden. Dies sind unabdingbare Elemente, damit Verhandlungen betreffend der Zukunft der Beziehungen Schweiz-EU erfolgreich zu einem Abschluss gebracht werden können. ★

Schweiz-EU: Ein Hindernislauf ohne Ende

Von **Chantal Tauxe**, Journalistin

Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Brüssel, erfolgloses Referendum gegen das Umsetzungsgesetz der MEI: die Aufheiterung in der Schweizer Europapolitik ist real, aber weitere schwierige Abstimmungen künden sich an.

Unsere Europapolitik hat ein besonderes Merkmal: Kaum ist ein Hindernis überwunden, zeigt sich ein neues Fallgitter am Horizont. Im April, als Bundespräsidentin Doris Leuthard eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Brüssel ankündigte, bestätigte sich glücklicherweise wegen mangelnder Unterschriften auch das Scheitern des Referendums zur Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative». Ausserdem wurde die Unterzeichnung eines institutionellen Rahmenabkommens bis Ende Jahr prognostiziert, und keine Abstimmung war in Sicht. Kurzum, es herrschte eitel Sonnenschein. Einzig die Initiative RASA entwickelt sich zur harten Nuss für den Bundesrat. Mit dem Ziel, die Qual zu verlängern oder sich mehr Zeit zu geben, präsentierte der Bundesrat zwei Gegenvorschläge, die niemanden zufriedenstellten. Das Initiativkomitee wird verschämt dazu aufgefordert, Harakiri zu begehen. Dieser Rückzug käme all jenen entgegen, die eine Hochrisikokampagne mit einer nötigen doppelten Mehrheit scheuen. Die Atempause wird jedoch von kurzer Dauer sein, denn schon steht die SVP mit ihrer «Selbstbestimmungsinitiative» bereit. Diese sieht vor, internationales Recht dem Schweizer Recht unterzuordnen. All das ist aber vielleicht nur das Vorspiel auf einen Urnengang, bei welchem das Volk das frühestens Ende 2017 abgeschlossene institutionelle Rahmenabkommen gutheissen soll. Auf dieses von der SVP mit dem Stichwort «fremde Richter» bekämpfte Abkommen wartet die Partei «Gewehr bei Fuss». Werden Sie ganz wirt ob diesem Terminwalzer? Dabei steht noch nicht einmal fest, ob die SVP auf ihren Kampf gegen die Personenfreizügigkeit verzichtet. Die Partei hat für Juni den Text für eine Kündigungsinitiative angekündigt. Sie würde es ihr er-

möglichen, die Personenfreizügigkeit anlässlich der eidgenössischen Wahlen 2019 zu thematisieren – eine vielfach bewährte Strategie der SVP. Welchen Weg ebnet diese endlosen Diskussionen? Für die SVP ist klar: Es geht ihr darum, die Perspektive eines Beitritts der Schweiz zur EU mit allen Mitteln zu bekämpfen. Und wie sieht es im gegnerischen Lager aus? Seit der Bundesrat im Jahr 2006 den Beitritt zu einer simplen Option zurückgestuft hat, sind die Ziele diffuser geworden. Offiziell will eine Mehrheit der politischen Klasse und der wirtschaftlichen Kreise den bilateralen Weg fortsetzen. Wer diese pragmatische, zuweilen fetischistische Zuneigung zu den Bilateralen pflegt, will diese möglichst bald gesichert sehen, indem man das institutionelle Rahmenabkommen unter Dach und Fach bringt. Dagegen sträuben sich manche Parteien, spielen lieber auf Zeit und warten auf das Brexit-Verhandlungsergebnis. Diese Unentschiedenheit ist gefährlich. Während die EU über den Austritt Grossbritanniens verhandelt, sollte sich die Schweiz als anspruchsvoller, aber zuverlässiger Partner profilieren. Im aktuellen geopolitischen Kontext entspricht die Entscheidung, der EU beizutreten, mehr denn je der Verteidigung humanistischer Werte der Zivilisation – und nicht nur dem Mitmachen in einem grossen Binnenmarkt. In zukünftigen Abstimmungen wird es immer häufiger um Grundsätzliches gehen. Es wird schwierig sein, diese ohne Klärung des Zwecks unserer Integrationspolitik zu gewinnen. 25 Jahre nach der Abstimmung von 1992 bleibt die Frage, wie unsere Souveränität am besten zu verteidigen sei, im Zentrum der Debatte. Die SVP weiss dies. Die anderen Parteien, die Wirtschaftskreise sowie der Bundesrat tun leider alles, um der Frage auszuweichen. ★



Chantal Tauxe

Chantal Tauxe besitzt einen Abschluss der Universitäten Lausanne und Neuenburg. Sie ist seit 1986 Journalistin und war für 24 Heures, L'Illustré, Le Matin und L'Hebdo tätig (von 2003 bis 2017 als Chefin der Rubrik Schweiz, dann ab 2009 als Stellvertretende Chefredakteurin). Sie ist Mitbegründerin und Mitveranstalterin des Forum des 100 (von 2005 bis 2016) und Mitglied des Rates der Fondation Jean Monnet pour l'Europe. Erfahren Sie mehr über Chantal Tauxe auf ihrer Internetseite: www.chantaltauxe.ch

«In Lugano habe ich gelernt, was europäische Werte sind»

Elly Schlein ist Italo-Amerikanerin mit Schweizer Pass, im Tessin geboren und italienische Europaparlamentarierin. Als Gast an der Generalversammlung der Nebs vom vergangenen 29. April hat sie aufgezeigt, dass die aktuelle Krise der EU auch Chancen bietet, um den Prozess der europäischen Integration wieder aufzunehmen und sie hat dabei auch die Wichtigkeit der Beziehungen der Schweiz zur EU betont. Nach ihrem Referat hatten wir die Möglichkeit, Elly Schlein für unser europa.ch zu interviewen.



Elly Schlein

Geboren 1985 in Lugano als Tochter einer Italienerin und eines Amerikaners mit ukrainischen Wurzeln, verbrachte Elly Schlein ihre Schulzeit im Tessin, bevor sie nach Bologna zog, um Rechtswissenschaften an der Universität zu studieren. Zweimal reiste sie in die Vereinigten Staaten, um sich bei der Wahlkampagne von Barack Obama freiwillig zu engagieren. Sie war eine der wichtigsten Führerinnen von Occupy Pd, eine Bewegung, die nach dem Scheitern der Kandidatur Romano Prodis als Präsident der Republik entstand. Im Februar 2014 stellte sie ihren Antrag für das Europaparlament im Wahlkreis Nordwest und führte eine slow-foot-Kampagne. Am 25. Mai 2014 wurde sie mit 53681 Stimmen in das Europaparlament gewählt, wo sie als Mitglied im Ausschuss für Entwicklung fungiert.

europa.ch : Elly Schlein, Sie sind in der Schweiz geboren und im Tessin aufgewachsen, einem Kanton, der besonders kritisch gegenüber der EU ist. Woher stammt Ihr europäisches Zugehörigkeitsgefühl?

Elly Schlein: Das stammt von meinem Vater. Er ist, obwohl er einen amerikanischen Pass hat, eine der proeuropäischsten Personen, die ich kenne. Vielleicht, weil seine Familie die Tragödie des Zweiten Weltkriegs erlebt hat. Es ist in der Tat so, dass ich in einem Kanton aufgewachsen bin, der nicht besonders proeuropäisch ist. Aber in meinem Herzen trage ich die Erfahrungen, welche ich in der Schule in Agno bei Lugano gemacht habe. Ich hatte die Chance, in einem Milieu aufzuwachsen, in welchem viele verschiedene Nationalitäten lebten, SchweizerInnen, ItalienerInnen, PortugiesInnen, Kinder aus verschiedenen Balkanländern. Das hat mich gelehrt, dass wir alle gleich sind. Diese Werte trage ich in mir, es sind die europäischen Werte.

Was für einen Einfluss hatte die Abstimmung vom 9. Februar 2014 auf Ihre Funktion als Mitglied des Europaparlaments?

Diese Abstimmung hat mich sehr enttäuscht. Es war eine emotionale Abstimmung, welche es schwierig machte, die effektiven Auswirkungen auf die Beziehungen der Schweiz zur EU zu verstehen. Wir können von der EU nicht erwarten, dass sie eine ihrer fundamentalen Säulen, die Personenfreizügigkeit, in Frage stellt. Wenn

Menschen mit ungewisser Zukunft, mit wirtschaftlichen Problemen und Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, dann zeigt sich eine historische Konstante: Sie wenden sich gegen Fremde, gegen Ausländer. Aber ich glaube, dass gerade die Geschichte der Schweiz zeigt, dass Diversität ein kostbares Gut ist. Wir haben einen hohen Ausländeranteil, aber unser Land hat eine lange Tradition der Integration und Aufnahme und Verständnis, was für Vorteile für uns daraus erwachsen. Der Einfluss dieser Tradition erklärt, weshalb ich mich stark um Migrationsfragen innerhalb der EU kümmere und dass ich mich mit Blick auf die Solidarität auf europäischer Ebene engagiere: Die Menschen fliehen nicht nach Italien oder Griechenland, sondern in die EU. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Verantwortung zu teilen.

Was für Schritte sind notwendig, um die Personenfreizügigkeit in den nächsten Jahren sicherzustellen?

Heute muss eine kleine Minderheit von Staaten eine Mehrheit der Asylgesuche der EU verantworten. Dieser Zustand untergräbt die Solidarität und die gerechte Verteilung der Verantwortlichkeiten, welche in den Verträgen vereinbart sind. Diese Prinzipien werden nicht beachtet, weil in gewissen Staaten nationalstaatliche Egoismen dazu führen, dass Aufgaben und Pflichten nicht umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten müssen einsehen, dass die Preisgabe



von Schengen sie mehr kosten wird als die Einführung von gemeinsamen Lösungen in den Bereichen Migration und Asyl. Das Parlament schlägt einen Mechanismus zwischen den Mitgliedstaaten vor, der Verantwortlichkeiten klärt und sichere Wege für Flüchtlinge garantiert. Auf der anderen Seite erinnert das Parlament daran, dass sich kein Mitgliedstaat allein diesen Herausforderungen stellen kann. Aus diesem Grund würden gemeinsame Schritte der 28 Staaten für alle vorteilhafte Lösungen, insbesondere für die betroffenen lokalen Gemeinschaften und Gemeinden, bringen.

Sie gehören zu den jüngsten Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Wie stellen Sie sicher, dass die Stimmen der Jungen in Strassburg gehört werden?

Ich glaube nicht, dass die Jungen andere Stimmen brauchen, um sich Gehör zu verschaffen. Sie sollten es selber tun und sich für Politik interessieren. Ich habe nie geplant, in diesem Ausmass aktiv in die Politik involviert zu werden, aber ich fühlte mich nicht repräsentiert durch diese desillusionierte Politik. Ich habe den Schritt gemacht, als ich realisierte, dass wenn man sich gekelt von der Politik entfernt, nur diejenigen unterstützt, welche bereits Macht ausüben. Wenn wir etwas ändern wollen, haben wir keine andere Wahl: Wir müssen unsere Ärmel hochkrempeln und damit beginnen, die Veränderung zu verkörpern, welche wir in der Gesellschaft sehen wollen.

Mittlerweile werden die ersten negativen Auswirkungen des Brexit sichtbar. Könnte dies dazu führen, dass Austrittswünsche von Mitgliedstaaten eingedämmt werden?

Wir müssen den Menschen klar machen, dass Mitgliedstaaten nicht einfach die EU verlassen können und dann bei Verhandlungen Konditionen erwarten, welche gleich gut sind wie diejenigen der Mitgliedstaaten. Wenn sich die Idee durchsetzt, dass es möglich ist, die EU zu verlassen, gleichzeitig aber von allen Vorteilen zu profitieren, ohne Verantwortung zu übernehmen, dann ist das ein Desaster. Weil dann andere Länder auch mit Forderungen auftreten könnten, und nur noch profitieren wollen. Es ist daher sehr wichtig, einig zu bleiben.

Trotz dieser Gefahren haben wir in den letzten Monaten eine grosse Mobilisierung von BürgerInnen gesehen, welche sich für die EU stark gemacht haben. Ist für Sie ein Anti-Trump-Effekt sichtbar?

Ja, davon bin ich überzeugt. Es ist schade, dass diese Mobilisierung es bisher nicht geschafft hat, die Parteien oder Gewerkschaften zu motivieren, aber ich finde es positiv, dass sie stattfindet. Sie bedeutet eine Annäherung der Bevölkerung an die Vertreter der Politik, zum Beispiel die Parteien. Eine grosse Mobilisierung hilft auch unseren Aktivitäten in den Institutionen, insbesondere um nationalstaatliche Egoismen zu überwinden, welche die EU blockieren. Es hilft auch, nationalistischer Rhe-

“

«Die Abstimmung vom 9. Februar 2014 war eine emotionale Abstimmung, welche es schwierig machte, die effektiven Auswirkungen auf die Beziehungen der Schweiz zur EU zu verstehen.»

“

«Die EU muss offen sein, weil sie die Geschichte von Vielfalt erzählt und weil die Vielfalt der EU diese erst wertvoll macht.»



MEP Award 2017

Elly Schlein erhielt im Jahr 2017 den MEP-Award im Bereich Entwicklung. Diese Auszeichnung würdigt Parlamentarier, die sich für die Förderung, Durchführung und Überwachung der Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit der EU eingesetzt haben. Elly Schlein wurde für die Förderung des bilateralen, sowie im Rahmen der internationalen Organisationskanäle stattfindenden politischen Dialogs geehrt.

torik entgegenzutreten und aufzuzeigen, dass kommende Herausforderungen nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene zu lösen sind, sondern auf supranationaler, europäischer Ebene.

Wie sieht die EU von morgen aus?

Als ich ins Parlament gewählt wurde, hätte ich nie damit gerechnet, zusehen zu müssen, wie Schengen zusammenbricht, wir den Brexit verhandeln müssen und mit der Unfähigkeit der Regierungen bei der Lösung der Flüchtlingsproblematik zu kämpfen haben. Aber es ist wichtig, dass wir auch der Heuchelei entgegenzutreten. Verschiedene Regierungen haben sämtliche Erfolge der EU nationalisiert und in ihr gleichzeitig den Sündenbock für alle Misserfolge gefunden. Inklusiv für Fehler, für welche die EU weder Kompetenzen hat noch verantwortlich ist. Unter diesen Bedingungen überrascht es nicht, wenn die Bürgerinnen und Bürger die effektiven Auswirkungen des europäischen Projekts in ihrem Leben nicht mehr wahrnehmen.

Was kann man gegen diese Tendenz unternehmen?

Wir müssen die Demokratie innerhalb der EU und des Europäischen Parlaments festigen und dafür sorgen, dass sich eine europäische Öffentlichkeit mit Bewegungen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und europafreundlichen Medien profiliert, die konstantes Fakt-Checking betreiben und

falsche Aussagen widerlegen. Wir brauchen eine Kampagne, welche die Vorteile und Errungenschaften der EU aufzeigt und Lösungen für aktuelle Herausforderungen der EU präsentiert. Es geht darum, konkrete Antworten zu liefern. Die Regierungen, Gefangene ihres eigenen Egoismus, müssen verstehen lernen, dass es keinen Sinn macht, angesichts der aktuellen Herausforderungen nur nationale Interessen zu verteidigen. Nationale Interessen müssen die Interessen der Gemeinschaft widerspiegeln. Der Gemeinschaftssinn ist ein erster Schritt hin zu einer gemeinsamen Vision zur Lösung dieser Krise.

Zum Schluss, mit welchen drei Worten beschreiben Sie persönlich die EU?

Fragil, notwendig und offen. Mehr als jemals zuvor ist klar geworden, dass das europäische Projekt ein fragiles Projekt ist. Es ist jung und muss noch fertig gestellt werden, die heutige EU ist noch weit entfernt von der europäischen Föderation, wie sie vom Manifest von Ventotene gefordert wurde. Die Union ist unabdingbar, weil die Herausforderungen der vernetzten und globalisierten Welt das nationalstaatlich Mögliche übersteigen. Die EU muss offen sein, weil sie die Geschichte der Vielfalt erzählt und weil die Vielfalt diese erst wertvoll macht. ★

Interview: Caroline Iberg

L'autre train

Von **Anne-Sophie Subilia**, Schriftstellerin

Ce train transfrontalier causait, riait, fabulait sans effort, restaurait une chanson trouée, traçait des lettres sur la vitre, mangeait avec les doigts. Jetais par la fenêtre le papier gras des patates, des pilons de poulet. Peut-être même qu'il bandait dans les recoins parfois. Projetée, chahutée, étourdie, pénétrée, agrandie, il aurait fait de moi son esclave; je l'aimais d'avance. Au fil des heures et des lumières, il devenait un nouveau silence, creusé au couteau, le silence dans le bruit. Il renfermait le souffle des voyageurs, des dormeurs, des tristes, des abîmés, des rêveurs et des ravis – un oignon cru, un baiser à l'enfant. Convoi irrespirable destiné à la vie au-delà de l'existence, là où les mots s'enfuient, ratent, que tout résiste à être nommé.

Pourtant ce train n'était pas oublié, encore moins évasion. Il raflait tout sur son passage, les butins, la merde, même des oiseaux. Il était présence, paix et chaos. Il épousait un rythme – furieux, pluriel. Capable de chagrin, puis de tranquillité. Il était, sans limite. Sous tension. Marqué au fer. Il était torpeur, décompression; il était envie d'en finir. Il était envie. Il nous étonnait, m'étonnait.

Même si plusieurs autres trains se confondent dans celui-ci, et qu'on n'est plus très sûr... Cette fois-ci, je crois bien, deux femmes du compartiment étaient voilées, l'une d'elles, robe amarante, se grattait le pied; l'autre, à l'embouchure d'un tunnel, avait vite baisé ses cinq doigts, joint les mains, incliné sa tête prise de phobie. Et nous avions attendu ensemble que la lumière revienne. Une troisième, tête nue, déchiffrait à voix haute un article sur le premier Sommet humanitaire mondial. Ensuite elle avait rédigé un texto en arabe sur son vieux téléphone. Et ensuite, nous avions mangé des dattes.

Passage des gamins dans le couloir. Allées et venues d'un ballon mousse. Ce convoi pour le Sud, qui en contenait d'autres, détonnait de ce qu'on avait connu jusque-là. Comment savoir si c'était grâce à lui ou à

ses occupants – ce goût de devenir meilleure. Comment savoir la part du paysage dans toute cette alchimie, la part du monde, la part de la solitude.

Pourtant, cette fois-ci personne ne dormirait sur mes jambes. Je n'aurais à penser qu'à mon sac individuel. Petites peaux mortes, cheveux, poils, germes, fatigues se détachaient tout le temps de nous et se déposaient. Les craquements d'un genou, un rot furtif mais fétide, une odeur de lessive: imprimés quelque part. Les compartiments archivaient tout ce fourbi depuis le début; les banquettes enregistraient ce qui s'était pensé, dit, échangé, le concret, mais aussi, éventuellement, ce qui semblait volatilisé n'ayant pas eu de corps visible. J'étais persuadée qu'il y avait une mémoire cellulaire du chemin de fer. Rien ne pouvait disparaître. Ni les forfaits des passagers ni leurs sœurs. Encore moins l'amour, me disais-je.

Je n'avais plus ni dix-huit ans, ni vingt-cinq, ni trente-trois. J'avais une sorte d'âge en rapport avec l'espace et me sentais de curieuses parentés avec notre convoi – sa matière profane, sa capacité, son itinéraire électroifié. Ses réparations à l'atelier. Ce merdier sur les voies. Et les lignes de dérivation, les fils à perte de vue. Et toutes ces gares qui existaient pour d'autres trains. Et tous ces points sur la carte où notre train ne se rendrait pas. Ces lumières que je ne verrais pas, ces autres villes, ces bleds, ces humains. Ces musiques parallèles que je n'entendrais pas. Ces fleuves et ces forêts où je n'entrerais pas. (extrait) ★



Foto: François Wavre

Anne-Sophie Subilia

Im Jahr 1982 in Lausanne geboren, studierte Anne-Sophie Subilia Literatur an der Universität Genf und an der Hochschule der Künste Bern. Als Mitglied des Kollektivs AJAR und des Kunstzentrums C-FAL, gibt sie Wanderschreibwerkstätten, koordiniert Verlagsprojekte, schreibt für gemeinschaftliche Werke und Zeitschriften oder für das Radio mit dem Cep (SRF, Entre les lignes de la Cité, 2015). Sie ist Preisträgerin des ADELPH – AMOPA des Jahres 2014 und Finalistin des Romans «Des Romands pour jours d'agrumes» (l'Aire, 2013) und gewann das Kultur-Stipendium Leenaard im Jahr 2015 für ihren zweiten Roman, «Parti voir les bêtes» (Zoé, 2016). Im Jahr 2016 verfasste sie die Kurzgeschichte «Qui vive» (Paulette editrice)



Sammelband der Nebs

Ob von Lausanne nach Paris oder von Wien nach Genf, jede Geschichte der dreizehn AutorInnen erzählt von einer Zugreise durch Europa. Diese Geschichten vermitteln einen intimen Einblick in die persönliche Wahrnehmung der Autorinnen und Autoren zu Europa. Die Autoren stammen aus verschiedenen Generationen, was dazu führt, dass sie die unmittelbare Umgebung und ihre Position in dieser Umgebung verschieden interpretieren. Eine Vielfalt, welche die Leserschaft hoffentlich schätzen wird. Die Neue Europäische Bewegung Schweiz ist Herausgeberin dieses der Offenheit gewidmeten Buches. Bestellen Sie jetzt ein Exemplar auf www.europa.ch/livres

«Wir gehören zu Europa und es ist unsere Pflicht, dieses Europa zu verbessern»

Von **Décio Afonso Da Silva**, Mitarbeiter des Sekretariats der Nebs



Jacques de Watteville erhält den Europapreis der Nebs

“

«Die Schweiz besitzt wichtige Trümpfe. Sie ist stark und sollte keine Angst vor der Offenheit haben. Dies ist in ihrem Interesse. Die Abkapselung ist nicht der beste Weg.»

«Die Schweiz besitzt wichtige Trümpfe. Sie ist stark und sollte keine Angst vor der Offenheit haben. Dies ist in ihrem Interesse. Die Abkapselung ist nicht der beste Weg.» Mit einem Appell an die Offenheit der Schweiz und einer Mahnung vor Abschottung beendete der ehemalige Staatssekretär im Eidgenössischen Finanzdepartement und kürzlich als Chefunterhändler der Schweiz in den Verhandlungen mit der EU abgetretene Jacques de Watteville seine Rede an der Generalversammlung der Nebs. In diesem Rahmen war ihm der Europapreis verliehen worden. Sicher haben neben dem aktuellen europapolitischen Kontext auch die beiden prominenten Gäste der Nebs, Jacques de Watteville und Elly Schlein, Europaparlamentarierin mit Schweizer Wurzeln, dazu beigetragen, dass der Konferenzsaal im Hotel Bern am 29. April überfüllt war.

Obwohl am 16. Dezember 2016 das Schweizer Parlament eine eurokompatible Lösung für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beschlossen hat, hängt das europapolitische Damoklesschwert noch immer über den Köpfen der Schweizer BürgerInnen. Unter anderem wegen der bevorstehenden Selbstbestimmungsinitiative und der angekündigten Kündigungsinitiative zur Personenfreizügigkeit. «Wir gehören zu Europa und es ist unsere Pflicht, dieses Europa zu verbessern», erinnerte Martin Naef, Co-Präsident der Nebs, die Anwesenden. François Chérix, ebenfalls Co-Präsident der Nebs, beschreibt die Beziehungen der Schweiz zur EU als eine «Zick-Zack-Bewegung» die es zu stabilisieren gilt. Er erinnerte an die Hindernisse, die diesen Weg belasten und betonte die Unmöglichkeit des Status quo der Beziehungen. In diesem Kontext wird man sich klar gegen nationalistische und isolationalistische Tendenzen einsetzen und stellte vergangene und geplante Aktivitäten vor, um dieser Zielsetzung gerecht zu werden. Anhand der Parlamentarischen Gruppe «Schweiz-EU», deren Sekretariat die Nebs führt, kann Letztere ihre Nähe zu den ParlamentarierInnen pflegen und die europapolitische Diskussion anregen. Im Jahr 2016 und im laufenden Jahr befasste sich die Parlamentarische Gruppe während der letzten Sitzungen mit der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative», sowie dem Brexit und den Gegenvorschlägen des Bundesrats zur Rasa-Initiative. Seit Anfang 2016 bringt die Nebs, in Zusammenarbeit mit dem EU-Mitgliedstaat, welcher die sechsmonatige Präsidentschaft im Europäischen Rat innehat und weiterer Kooperationspartnern, einen EU-Ratskalender heraus, welcher einen Überblick über alle wichtigen Termine der schweizerischen und europäischen Politik wie zum Beispiel Sitzungen der Parlamente in Bern, Strassburg und Brüssel, sowie Sitzungstermine des EU-Rats und Schweizer Ausschüsse zur Europapolitik gibt. ★

Trump, bester Freund Europas?

Von **Nicole Baur**, Mitglied des Vorstands der Nebs Sektion Neuenburg

Die Wählerschaft des Kantons Neuenburg hat am 2. April die Schweizerische Volkspartei streng bestraft: Die SVP verlor mehr als die Hälfte ihrer Abgeordneten. Die grossen Gewinner dieser Wahlen sind die Grünen mit einem Zuwachs von fünf Sitzen und die Liberalen (FDP) mit zusätzlichen acht Sitzen. Die Bevölkerung des Kantons Neuenburg hat bis auf weiteres das populistische, anti-europäische Intermezzo beendet, das im Kontrast stand zur 80-prozentigen Zustimmung zum EWR 1992. Diese Wahl reiht sich ein in die Liste populistischer Niederlagen in Europa seit Anfang Jahr. Ist dies die Reaktion auf die Wahl Trumps in den Vereinigten Staaten? Entsteht eine Bewegung gegen das Bestreben, alles geduldig Erbaute zu zerstören und zu den brutalen, nationalistischen und rassistischen Wurzeln zurückzukehren? Nach dem Sieg der Anti-Europäer im Vereinigten Königreich, der Pöbelhaftigkeit und nackten Gewalt in den Vereinigten Staaten und dem stetigen Machtzuwachs extremistischer, nationalistischer Parteien in den Niederlanden, in Frankreich und in Deutschland will es scheinen, als ob sich die Männer und Frauen Europas gegen dieses politische Abdriften zu wehren begännen. In Rom, Berlin, Amsterdam und London verteidigen Menschenmassen ihre Zugehörigkeit zu Europa. Sie demonstrieren ihren Willen, sich nicht einschüchtern zu lassen von nationalistischen, unheilverkündenden Botschaften, die alles, was nach den Leiden des Zweiten Weltkriegs zusammengeführt wurde, wieder spalten wollen. Die unaufhörlichen Angriffe gegen demokratische Werte, Toleranz, Respekt vor den Menschenrechten und Gewaltentrennung scheinen das Bewusstsein geweckt zu haben. Bedeutet dies das Ende der hasserfüllten Propaganda? Nun, angesichts von Terrorismus und bewaffneten Konflikten an den Toren Europas könnten sich die Demokratien weiterhin schwankend und ängstlich gebärden. Aber die erwähnten Manifestationen läuten vielleicht das Ende einer Phase ein: Die Show stösst an ihre Grenzen und die Demokraten aller Länder äussern den Willen, die Grundwerte der De-



Europatour 2016 der Nebs in Neuenburg

mokratie zu schützen: Gewaltentrennung, Unabhängigkeit der Justiz und Respekt vor der Verfassung. Müssen wir dafür der Wählerschaft Donald Trumps danken? Haben dank ihm Millionen von Leuten die Gefährlichkeit der Situation erkannt? Haben die jungen EuropäerInnen dank ihm verstanden, dass europäische Errungenschaften wie das problemlose Überqueren der Grenzen, das Studium in einer fremden Sprache und die Gleichstellung der Geschlechter nicht selbstverständlich sind? Egal wie wir darauf antworten, die Sorge liegt anderswo: Europa muss den Anforderungen und Werten dieser Bewegung gerecht werden und verhindern, dass die Gemeinschaft zur blossen Spielwiese der multinationalen Unternehmen und des Geldes wird. Solange die europäischen Regierungschefs mit der Elite der Finanzwirtschaft flirten, leidet die Glaubwürdigkeit und die Begeisterung für Europa. Erst wenn die Bewegung auf die Strasse geht, um Offenheit, humanistische und feministische Werte zu verteidigen, wird sie attraktiv und interessant. Bedeuten die Wahlen im Kanton Neuenburg, jene im Wallis, in den Niederlanden und womöglich in Frankreich eine Stärkung der bedrohten Werte? Vielleicht... Auf jeden Fall ist Trump mit seinen lächerlichen, hasserfüllten Phrasen, seinen Eskapaden und unüberlegten Tweets ungewollt zum Freund Europas geworden. ★

1947–2017: 70 Jahre Föderalismus in Europa

Nach 1945 gab es zahlreiche Ideen, wie Europa wieder aufgebaut werden könnte. In diesem Zusammenhang entstand die Union der Europäischen Föderalisten (UEF), zu deren Mitglieder auch die Nebs zählt. Die Gründung der UEF erfolgte 1947 in Montreux. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte der Schriftsteller und Philosoph Denis de Rougemont, der eine wichtige Rolle bei der Entstehung der EU gespielt hat.

Wir möchten Sie deshalb einladen, am 14. Oktober mit uns den 70. Jahrestag der UEF in Montreux zu feiern und damit die Europatour der Nebs 2017 einzuläuten.



Mit dem Nichtthema Europa politisieren

Von **Yves Baer**, Präsident der Nebs Sektion Zürich



Europatour 2016 der Nebs in Zürich

“

«In Europafragen ist die Nebs ein Kompetenzzentrum»

So absurd es auf den ersten Blick erscheinen mag: Die Schweiz braucht wirtschaftlich den EU-Beitritt nicht und die Metropolitanregion Zürich wächst ungebremsst auch dank des europapolitischen Abseitsstehens der Schweiz. Vor 15 Jahren arbeitete ich in einer internationalen PR-Agentur; man bewarb sich um das Portfolio der Air Sri Lanka, die ihren Europasitz aus der EU in die Schweiz verlegen wollte, weil Tamielen auf dem Flug von den USA über Europa in der EU ein Visum benötigten, in der Schweiz aber keines. Mit der Schweiz mitten in Europa einen Standort zu haben, der nicht dem EU-Recht unterliegt und von welchem in ökonomisch vernünftiger Distanz die europäischen Zentren erreichbar sind, hat sich seit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge als Geschäftsmodell etabliert. Sichtbar wird das Wachstum in Zürich und Winterthur vor allem durch die Neubauten. Wie Pilze wachsen in Zürich Hochhäuser in den Himmel und regelmässig werden neue Stadtteile erschlossen, zuletzt das Freilager und die Europaallee. Seit rund zehn Jahren gehört Winterthur zum 100 000er-Club der Grossstädte und jammert seither lautstark über die kommunalen Kosten des Wachstums.

Killerargument Europa

Die bilateralen Verträge haben die Europadiskussion in Zürich abgewürgt. Das einzig Tröstliche ist, dass auch die AUNS unter dem Nicht-Thema Europa leidet. Sogar SVP-Exekutivkandidaten wissen heutzutage nicht mehr, wie ihre Anti-EU-Kampftruppe heisst. Als ich im Stadtratswahlkampf 2014 mit dem SVP-Kandidaten Roland Scheck über Europa diskutierte und mich als Nebs-Präsident zu erkennen gab, antwortete Scheck: «Schön, gehören Sie mit der Nebs zu uns.» – Im Nationalratswahlkampf 2015 wurde Alt-Botschafter Tim Guldemann davor gewarnt, die EU zu thematisieren – dies würde ihm seine sichere Wahl kosten. Doch Guldemann und Roger Köppl, die einzig mit der EU-Frage Wahlkampf betrieben, erzielten die besten Resultate, aber auch Nebs Co-Präsident Martin Naef hat im Vergleich zu 2011 nochmals Stimmen zugelegt.

In Europafragen ist die Nebs ein Kompetenzzentrum

Im bewegten europäischen Umfeld dieser Tage mit Flüchtlingsproblematik und Brexit zeigt sich immer wieder, dass Europapolitik mehr als die Gretchenfrage «EU-Beitritt Ja oder Nein» ist. Viele Nebs-Mitglieder haben im Alltag mit Europa zu tun. Dieses Wissen über den europäischen Alltag in die Öffentlichkeit zu tragen, ist eine der Aufgaben der NEBS Zürich in den kommenden Monaten. Neben der Intensivierung der Mitgliederpflege ist ein weiterer Schritt, Präsenz ausserhalb der Stadt Zürich zu zeigen. So fand das letzte Café d'Europe und die Generalversammlung am 14. Juni in Winterthur statt. Regierungsrätin Jacqueline Fehr, ehemalige Vizepräsidentin der SP Schweiz, hat ein Inputreferat gehalten zum Thema «Wie kann Europa wieder sozialer werden?» ★

(EU)ropa in den Schweizer Schulen

Von **Severina Sigron**, Vorstandsmitglied der yes

Ich möchte hiermit alle Bildungsinstitutionen der Schweiz dazu einladen, über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Europa nachzudenken, darüber zu schreiben und darüber zu streiten. Zu diesem Europa gehört nun seit 60 Jahren auch die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hin zur heutigen Europäischen Union. Ob Mitglied der Union oder nicht, für jedes Land Europas und auch für manches ausserhalb, bildet die Europäische Union einen wichtigen politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Faktor.

Auch die Schweiz steht in einer sehr engen Beziehung zur EU. Dies hat viel Einfluss auf das Leben jedes Einzelnen hier. Aus diesem Grund wünsche ich mir, dass sich mehr Menschen in der Schweiz ernsthaft mit der EU auseinandersetzen, sich bewusst werden, was die Union für sie bedeutet und was sie sich von ihr erhoffen. Zahlreiche BewohnerInnen dieses Landes werden dann zum Schluss kommen, dass sie unglücklich über die Funktionsweise und die aktuelle Politik der EU sind. Auch ich gehöre da dazu. Auch ich will die EU nicht einfach so hinnehmen, wie sie ist. Und das Gute ist, das muss ich auch nicht! Ich bin Teil einer neuen europäischen Generation und ich kann und werde mich für die EU der Zukunft einsetzen.

Alle, die wir heute in den Bildungsinstitutionen der Schweiz sitzen, sind Teil der europäischen Zukunft. Bildung wird in der Schweiz allgemein sehr gross geschrieben. Deren Einrichtungen haben einen wichtigen Einfluss auf uns persönlich; durchlaufen wir doch alle eine schulische Entwicklung, welche unsere Meinung, Wahrnehmung und unser Leben stark beeinflusst. Dadurch werden wir mit den intellektuellen Werkzeugen für das Leben in einer Gemeinschaft ausgestattet. Auch der europäische Staatenbund hängt von der Gemeinschaft seiner Menschen und besonders auch von deren Vertrauen ab. Aktuell haben viele Menschen in der europäischen Gemeinschaft genau dieses Vertrauen verloren, was sich beispielsweise in populistischen und nationalistischen Bewegungen widerspiegelt. Deshalb braucht Europa heute eine tiefgründige



Severina Sigron beim europe@school der yes in Wattwil (SG)

Auseinandersetzung von möglichst vielen, die bereit sind, sich für ihre europäische Gemeinschaft einzusetzen. Der erste Schritt dazu ist, all diese Menschen für eben diese europäische Gemeinschaft und ihre Entwicklung zu sensibilisieren, ihre Geschichte und ihre Möglichkeiten unter verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und zu diskutieren. Dies ist nicht nur Aufgabe der Politik, sondern auch unserer Bildungsinstitutionen. Dank dieses Wissens kann sich unsere Generation entscheiden, in welcher europäischen Gemeinschaft sie leben und wofür sie sich einsetzen will.

Die Jugendorganisation der Nebs, die young european swiss, nimmt sich der Aufgabe der Sensibilisierung der europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union in den Schulen an. Wir wollen die interessierten Bildungseinrichtungen darin unterstützen, das Wissen und die Diskussion über die europäische Gemeinschaft zu verbreiten. Im Rahmen von Animationen in Mittel-, Berufs- und Sekundarschulen wollen wir die Schülerinnen und Schüler informieren und sensibilisieren. ★



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Die AUNS ist Opfer einer fatalen optischen Täuschung



«Die EU ist nicht vertragstreu und wird die Bilateralen nicht kippen»

«Die AUNS lässt sich bei ihren Vorbereitungen [für eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit] von den Propagandisten der Wirtschaftsverbände (...) nicht einschüchtern. Für die AUNS ist klar: Die EU-Staaten werden die Abkommen der Bilateralen I nicht kündigen, auch wenn die Personenfreizügigkeit endlich wegfallen wird.»

Mitteilung von Werner Gartenmann auf der Website der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS), 16. Dezember 2016

«EU ist vertragstreu? Jedenfalls nicht bei EU-internen Verträgen (wenn z. B. Frankreich gegen den Stabilitätspakt verstösst).» – «Jeder macht in diesem Verein, was ihm gerade passt.»

User-Kommentare auf der Website der «Appenzeller Zeitung», 7. März 2016



1. Eines muss man Werner Gartenmann zugute halten: Er ist einer der letzten standfest-beratungsresistenten Haudegen, welche die «Guillotine-Klausel» für ein blosses Gerücht halten. Andere Kündigungsbefürworter sind da einen Tick realistischer. Sie geben zu, dass mit einer Kündigung gleich alle sieben bilateralen Verträge I im Eimer wären und sie konzentrieren sich darauf, einen solchen Verlust möglichst kleinzureden. Gartenmann bleibt offenbar Opfer einer in der Schweiz weit verbreiteten optischen Täuschung, wie sie auch in den beiden nebenstehend zitierten Meinungen klassisch zum Ausdruck kommt: Die EU sei eine opportunistische Windfahne, die sich einen Dreck um Verträge kümmere und nur nach ihrem Vorteil handle – eben zum Beispiel den Vorteilen, die sie aus den «Bilateralen» selber ziehe. Eine solche «Denkschule» bringt auf fatale Weise zwei völlig verschiedene Ebenen durcheinander.

2. Die eine Ebene ist das Binnenverhältnis der EU-Mitglieder, die durch ein dichtes Geflecht von Verträgen verbunden sind. Die 28 (wohl bald 27) Mitglieder sind dabei, wie es so schön heisst, die «Herren der Verträge». Solange sie sich einig sind, können sie in ihrem Binnenverhältnis situativ mit juristischen Kniffen, Fristerstreckungen oder Ausnahmeregelungen Spielraum für die

Überwindung akuter Probleme schaffen – ganz egal, wie die Aussenwelt dies beurteilt. Das geht diese Aussenwelt schlicht nichts an, und vor allem kann sie sich daraus keine eigenen Vorteile ableiten. Im übrigen ist es gar nicht so, dass «in diesem Verein jeder macht, was ihm passt». Die Europäische Kommission ist, nebst ihren anderen Rollen, «Hüterin der Verträge» und übt diese Funktion energisch aus. Jährlich strengt sie Dutzende von Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitglieder an, die Teile von Verträgen nicht, ungenügend oder ungebührlich schleppend umsetzen. Renitente Fälle werden beim Europäischen Gerichtshof angezeigt, wo im äussersten Fall massive Sanktionen fällig werden. Die Kommission gewinnt diese Verfahren eigentlich fast immer.

3. Auf einer völlig anderen Ebene steht die EU als Vertragspartnerin eines Drittstaats – nicht als «Herrin des Vertrags», sondern als eine auf den tadellosen Ruf völkerrechtlicher Vertragstreue erpichte Partei. Falls die Schweiz im Sinne der AUNS das Freizügigkeitsabkommen kündigt, gehen sechs Monate später auch unser Luftverkehrsabkommen, das Forschungsabkommen, das Landverkehrsabkommen, das Beschaffungsabkommen, das Abkommen über technische Konformitätsbewertungen und das landwirtschaftliche Handelsabkommen unter. Eine solche wirtschaftspolitische Katastrophe ist keine vage Option, die je nach opportunistischer Güterabwägung mehr oder weniger hart ausfallen könnte, sondern eine längst definitiv beschlossene Tatsache. Im wahrsten Sinne «längst beschlossen»: durch die Staats- oder Regierungschefs der EU-Länder, durch den Schweizer Bundesrat, den Nationalrat, den Ständerat – und vor allem auch durch das Schweizer Stimmvolk, das am 21. Mai 2000 mit 67,2 Prozent Ja den Bilateralen Verträgen I, einschliesslich der «Guillotine-Klausel», zugestimmt hat. (sp) ★



Erneuerbare Energie auf guten Wegen

Das EU-Zwischenziel, bis zum Jahr 2020 einen Fünftel des EU-Bruttoverbrauchs mit erneuerbarer Energie zu decken, ist fast schon erreicht: Für 2015 errechnete Eurostat einen Anteil von 16,7 Prozent. Elf EU-Länder haben ihr Soll erreicht oder überschritten. «Klassenbester» ist Schweden mit 53,9 Prozent; am weitesten von den (für jedes Land individuell errechneten) Zielwerten entfernt sind die Niederlande, Frankreich, Irland, Grossbritannien und Luxemburg. Neues ehrgeiziges EU-Ziel: 27 Prozent bis 2030. (sp) ★

Mit geballter Kraft gegen «seltene Krankheiten»

In einer EU-Initiative haben sich über 900 Gesundheitseinrichtungen aus 26 Ländern in 24 «Europäischen Referenznetzwerken» (ERN) zusammenschlossen, um einen umfassenden Wissens- und Erfahrungsaustausch im Bereich der «seltenen Krankheiten» herzustellen. In Europa sind etwa 30 Millionen Menschen von solchen Leiden betroffen, über deren Diagnose und Therapie oft nur vereinzelte Spezialisten gründlich Bescheid wissen. Dieses Wissen soll jetzt abrufbereit werden. (sp) ★

Der EU-Storch arbeitet immer noch zu wenig

Die neuste Geburtenstatistik von Eurostat für 2015 zeigt, dass kein EU-Land die Gesamtfruchtbarkeitsrate von 2,1 Lebendgeburten pro Frau erreicht (was eine konstante Bevölkerungszahl ohne Migration erlauben würde). Am nächsten kommen Frankreich (1,96) und Irland (1,92); am andern Ende der Skala ziehen Portugal, Zypern, Polen, Griechenland, Spanien und Italien mit je um 1,3 nach unten. Immerhin hat sich die durchschnittliche EU-Fruchtbarkeitsrate seit 2001 von 1,46 auf 1,58 erhöht. (sp) ★



Herausgeber

Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs).

Redaktion

Caroline Iberg, europa.ch, Postfach 481, 3000 Bern 22, Tel. 031 302 35 36, info@europa.ch.

Autoren

Rolin Wavre, Charlotte Sieber-Gasser, Anne Sander, Chantal Tauxe, Caroline Iberg, Anne-Sophie Subilia, Dércio Afonso Da Silva, Nicole Baur, Yves Baer, Severina Sigron, Sebastian Speich (sp).

Übersetzungen und Korrektorat

Max A. Ambühl, Dércio Afonso Da Silva, Caroline Iberg, Toni Koller, Pierre Alain Seiler, Lukas Wegmüller.

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli AG, Bern

Auflage

4000 dt., 2500 franz.

Titelseite

Elly Schlein

Postkonto

30-9024-9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben von europa.ch zu inserieren oder zu schreiben, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter info@europa.ch.

SURFER

Das Beste aus Europas Forschungsstätten

Über zahlreiche sehr grosse, aber auch viele bescheidenere Programme ist die EU mit Forschungsteams, Labors und «Denkfabriken» verbunden, die sich mit allen Wissensgebieten innovativ auseinandersetzen. Einen faszinierenden Einblick in diese Wissensfülle gibt die zehnmal jährlich (leider nur auf Englisch) erscheinende, sehr lesbar gestaltete Zeitschrift «research*eu», die gratis abonniert, aber auch einzeln als PDF geladen werden kann. Jedes Heft umfasst ein Hauptthema sowie zahllose kleinere Beiträge aus Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften. (sp)



cordis.europa.eu/research-eu

Naturschutz – ein lachendes und ein weinendes Auge



Die Vogelschutz- und die Habitat-Richtlinie sind die Pflöcke, welche die EU im Natur- und Artenschutz (eigentlich Domäne der Einzelstaaten) eingeschlagen hat. Alle fünf Jahre müssen die Mitglieder einen Zustandsbericht über die geschützten Tier- und Pflanzenarten und Lebensräume abliefern. «Brüssel» destilliert daraus eine Synthese, letztmals 2015 unter dem Titel «Zustand der Natur in der EU». So heisst auch eine ausführliche Broschüre, die gratis als PDF bezogen werden kann. Fazit: Es gibt einzelne Lichtblicke – aber es bleibt noch viel, viel zu tun ... (sp)

<https://bookshop.europa.eu/de/zustand-der-natur-in-der-eu-pbKH0115316/>



Joline. Das Diningsofa für aussergewöhnlichen Sitzkomfort am Esstisch. Design: Mathias Seiler.

